

Steffen Lehndorff

Man spricht deutsch: Eine trügerische Erfolgsgeschichte

I'm on my way to the Promised Land
I'm on the highway to hell
AC/DC, 1979

„Deutschland geht es gut“ – so lautete der Kernsatz der diesjährigen Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin. Nun wird gewöhnlich nach diesen Ansprachen rasch wieder zur Tagesordnung übergegangen, und die Halbwertszeit wirtschaftlicher Bestandsaufnahmen oder gar Prognosen ist derzeit ohnehin besonders kurz. Dennoch sollte dieser Satz ernst genommen werden. Seine eigentliche politische Kraft liegt in der impliziten – und zutreffenden – Botschaft, dass es Deutschland deutlich besser gehe als einigen anderen EU-Ländern. Bedenkenswert ist auch die Ankündigung der Kanzlerin, dass „Europa stärker aus dieser Krise hervorgehen wird, als es in sie hineingegangen ist“. Die gleiche Formulierung hat sie bereits drei Jahre zuvor verwandt, zu Beginn der großen Finanzkrise, und zwar in Bezug auf Deutschland. Mit dieser damals sehr mutigen Ankündigung hat sie – zumindest einstweilen – Recht behalten. Man mag vielleicht bezweifeln, dass Deutschland – „Beschäftigungswunder“ hin oder her – wirtschaftlich stärker geworden ist. Aber seine politische Durchsetzungskraft in der EU ist heute größer denn je. Wenn aber an ihrer damaligen Prophezeiung so viel Wahres war, warum sollte dies heute ganz anders sein?

Kurzum: Frau Merkels Ansage ist ernst gemeint und verdient es, als politische Willenserklärung ebenso ernst genommen zu werden. Credo und Stoßrichtung dieser Willenserklärung sind leicht zusammenzufassen: Die Spitzen der deutschen Wirtschaft und Politik haben in den zurückliegenden zehn (vielleicht sogar 20) Jahren alles Entscheidende richtig gemacht. Jetzt müssen die Führenden in den anderen EU-Ländern dem deutschen Beispiel folgen, damit die Eurozone aus ihrer gegenwärtigen Krise herausfindet und die EU sowohl wirtschaftlich als auch politisch gestärkt wird. Diese Leitgedanken werden aller Voraussicht nach auch dann noch die deutsche Politik bestimmen, nachdem die Ausgabe 166 der PROKLA erschienen ist, aber kaum jemand sich noch an die Sätze der Kanzlerin aus der Neujahrsnacht erinnern wird.

Im Folgenden soll die vermeintliche deutsche Erfolgsgeschichte hinterfragt werden. Der fragwürdige Aufstieg Deutschlands zur nicht mehr nur wirtschaftlich, sondern auch politisch führenden Macht in Europa wird genauer untersucht. Zunächst charakterisiere ich das Austeritätsregime in der EU, das wesentlich auf Betreiben der deutschen Regierung errichtet wird, um dann das „Geschäftsmodell“ des deutschen Kapitalismus zu analysieren, das hinter dieser Politik steht. Auch wenn die Befürworter dieses Modells drauf und dran sind, die Voraussetzungen bisheriger Erfolge zu untergraben, ist, wie ich abschließend skizziere, die Entwicklung einer Alternative eine äußerst anspruchsvolle Herausforderung.¹

1. Der Rettungsanker des Neoliberalismus

Das vielleicht Bemerkenswerteste an der gegenwärtigen Krise ist die ungebrochene Dominanz neoliberaler Dogmen in Politik und Medien. Paul Krugman (2010) hat dies mit Blick auf die USA als „den seltsamen Triumph gescheiterter Ideen“ bezeichnet: „Die Fundamentalisten des freien Marktes haben sich in allem geirrt – doch sie dominieren die politische Szene gründlicher als jemals zuvor.“ Im Unterschied zu den USA gibt es möglicherweise jedoch in Deutschland wie auch in anderen europäischen Ländern zwei wesentliche Differenzen zur Zeit vor 2008: Erstens sind die Großkonzerne der Finanzbranche, also die mächtigsten Interessengruppen, die heute wie vor der Krise die Regierungspolitik beeinflussen, extrem unpopulär geworden. Zweitens hat der Markt-Fundamentalismus seine frühere Überzeugungskraft in hohem Maße eingebüßt. Mit dem Satz „Der Markt regelt es am besten“ lässt sich heute nur noch auf Umwegen Politik begründen. Der wichtigste dieser Umwege hat einen Namen: „Staatsverschuldung“.

1.1 Die Fiskaldiktatur

Die Fokussierung auf den Abbau der in der Krise sprunghaft angestiegenen Staatsschulden ermöglicht den Regierenden einen verblüffenden Spagat zwischen Rhetorik und praktischer Politik. Verblüffend insofern, als die Abfolge der Ereignisse ja weithin unbestritten ist: „Die Krise begann mit zu hohen und gehobelten privaten Schulden, die zu staatlichen Haushaltsdefiziten und Schulden

1 Im vorliegenden Aufsatz stütze ich mich auf das kürzlich beim Europäischen Gewerkschaftsinstitut erschienene Buch über die Auswirkungen der Krise in zehn europäischen Ländern (Lehndorff 2012; eine Veröffentlichung des Bandes in deutscher Sprache ist bei VSA in Vorbereitung), das auf gemeinsame Forschungen in zehn EU-Ländern zurückgeht (Bosch et al. 2009). Teilweise beruht das Folgende auch auf meinem Beitrag in Heft 12/2011 der WSI-Mitteilungen.

wurden, weil die Rezession die Verschlechterung der Haushaltslage auslöste und ein großer Teil der privaten Schulden durch Rettungsaktionen für das Finanzsystem sozialisiert wurden“ (Roubini 2010). Die Folge wird also zur Ursache erklärt. Hinzu kommt, dass die Sanierung der öffentlichen Haushalte vorrangig oder sogar fast ausschließlich mit Hilfe von Ausgabenkürzungen bewerkstelligt werden soll – die Einnahmeseite wird mit Ausnahme von (degressiv wirkenden) Verbrauchssteuern weitgehend ausgeblendet. Mit Hilfe dieser doppelten Amnesie wird die Senkung der Staatsausgaben zum Schlüssel für alles erklärt: Kurzfristig soll der Schuldenabbau der Abwehr spekulativer Attacken auf Staatsanleihen von „Schuldensündern“ dienen; mittelfristig schaffe er das „Vertrauen“, das für die wirtschaftliche Erholung nötig sei; langfristig sei er der einzige Weg, der „unsere Kinder und Enkel“ davor bewahre, die Kosten dafür zu tragen, dass „wir heute über unsere Verhältnisse leben“.

Dass alle wirtschaftlichen Probleme gelöst werden könnten, sobald die Staatshaushalte ausgeglichen seien, ist ein, wie es ein Kommentator der *Financial Times* formulierte, „quasi-religiöser Glaube“ (Wolf 2011) der führenden Kräfte der Eurozone. Im unwahrscheinlichen Fall eines Glaubensverlustes, so muss dem hinzugefügt werden, kommt die Warnung aus Goethes „Erlkönig“ zur Geltung: „Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt.“ Anders als bei Goethe ist der Erlkönig von heute – oder besser gesagt: die Erlkönigin – jedoch für alle deutlich erkennbar. Allerdings bekommt Goethe insofern wieder Recht, als Europas Erlkönigin und die ihr nachgeordneten Erlkönige nicht müde werden zu betonen, dass es darum gehe, „die Märkte zu beruhigen“. Und da „die Märkte“ nun einmal Orte, aber keine Akteure sind, bleiben letztere tatsächlich unsichtbar.

Um „die Märkte zu überzeugen“, um „Vertrauen zu schaffen“ wird nun in der EU eine Art Fiskaldiktatur errichtet. Mit einer Serie von zum Teil einander überlappenden Programmen wird die gesamte Wirtschaftspolitik der EU auf die Bekämpfung von Haushaltsdefiziten und Staatsschulden der Mitgliedsländer fokussiert. Zwar werden in der „Excessive Imbalance Procedure“ auch Leistungsbilanz-Ungleichgewichte thematisiert, doch Strafmaßnahmen sind ausschließlich gegen Defizitländer vorgesehen (Leschke et al. 2012). Führend bei der Durchsetzung dieser Perversion des ursprünglichen Gedankens einer — von allen deutschen Regierungen stets abgelehnten — europäischen Wirtschaftsregierung ist die deutsche Bundesregierung. Unterstützt wird sie dabei von Präsident Sarkozy sowie den mehrheitlich rechtsgerichteten Regierungen der kleinen Gruppe der Überschussländer (Bieling 2011). Dass diese Fiskaldiktatur sogar Eingang in die EU-Verträge findet, wurde einstweilen ironischerweise von der britischen Regierung verhindert, die eines der härtesten Austeritätsprogramme in Europa verfolgt, ohne sich dabei auf den Druck fremder Mächte berufen zu können (Grimshaw/Rubery 2012).

Bei aller Europa-Rhetorik spielen rechter Populismus und „nationale“ Egoismen bei der Durchsetzung dieser Politik eine erhebliche Rolle. Wenn die *Indignados* in Madrid oder Athen ihren Banken und Regierungen zurufen, „Wir zahlen nicht für eure Krise!“, dann wird den Deutschen von ihrer Regierung und einigen Leitmedien — im besten Falle implizit, im Falle der Speerspitze der Pressefreiheit in Deutschland aber auch explizit — nahegelegt zurückzurufen: „Wir zahlen nicht für eure Schulden!“. Man muss nur die diplomatischen Formulierungen der deutschen Bundesregierung mit der etwas gröber gestrickten Argumentationsweise von Marine Le Pen, der Vorsitzenden des französischen Front National, vergleichen, um den gemeinsamen Kern zu erkennen: „Wir haben bei uns genügend Armut, Elend und Arbeitslosigkeit, als dass wir -zig Milliarden französische Euro, die von Franzosen erarbeitet worden sind, anderen Ländern geben könnten. Wir haben selber genügend Schulden, um uns zu weigern, auch noch die der anderen zu bezahlen. Die Deutschen haben das gut verstanden und weigern sich jetzt, den anderen Ländern noch mehr unter die Arme zu greifen“ (Le Pen 2011).

Der implizite oder explizite Rückgriff auf rechten Populismus erfüllt eine wichtige Funktion. Er verkleistert gewissermaßen die Ungereimtheiten und Widersprüche im herrschenden Austeritäts-Mantra, das da lautet: Hohe Staatsschulden signalisieren, dass „wir“ über unsere Verhältnisse leben; wenn wir nicht an diesen Satz glauben, werden wir von „den Märkten“ für unsere Ungläubigkeit bestraft. Bemerkenswert ist dabei dreierlei: *Erstens* ist völlig ungewiss, ob radikales „Sparen“ tatsächlich zu weniger Schulden führt (ich komme darauf zurück). Gewiss ist allein, dass die soziale Ungleichheit massiv verschärft wird. Den vielleicht eindrucksvollsten Hinweis auf das einzig wirklich sichere Resultat der Austeritätspolitik ergibt eine Gegenüberstellung der im Rahmen des „Stabilitäts- und Wachstumspakts“ der EU von den Regierungen der Mitgliedsländer im Frühjahr 2011 geplanten Kürzungen der Sozialausgaben einerseits und dem heutigen Armutsrisiko in den jeweiligen Ländern andererseits: Je größer das Armutsrisiko, desto stärker wird gekürzt (Leschke et al. 2012).

Bemerkenswert ist *zweitens*, dass die Dramatik der für erforderlich gehaltenen „Konsolidierungsmaßnahmen“ in keinem direkten Zusammenhang zur Höhe des Schuldenstandes steht. Dies gilt nicht nur im weltwirtschaftlichen Vergleich, wie das Beispiel Japans wohl am eindrucksvollsten belegt, sondern ebenso innerhalb der Eurozone: Dass Spaniens *heutige* Staatsschuldenquote auf dem Niveau derjenigen von Deutschland *vor* der Krise liegt, spielt im Zusammenhang mit der angeblichen „Schuldenkrise“ in Spanien keine Rolle.

Hervorhebenswert sind *drittens* die Maßnahmen, die zur Überwindung der „Schuldenkrise“ ergriffen werden. Schwerpunktmäßig sind sie zwar auf Ausgabenkürzungen gerichtet (die wie in Irland dramatische unmittelbare Auswir-

kungen auf dem Arbeitsmarkt haben können), teilweise gehen sie aber so weit darüber hinaus, dass kein direkter Bezug zu den Staatsschulden mehr erkennbar ist. So enthalten die seit dem Sommer 2010 beschlossenen „Reformprogramme“ in Spanien neben diversen Kürzungen im Staatshaushalt und im Sozialsystem, einschließlich der Übernahme des deutschen Exportschlagers „Rente mit 67“, solche Maßnahmen wie die Lockerung des Kündigungsschutzes, den Vorrang von Firmen-Tarifverträgen vor Flächentarifverträgen und die Aufhebung jeglicher Beschränkung in der Anzahl aufeinander folgender befristeter Arbeitsverträge, Einfrieren des gesetzlichen Mindestlohns in der Privatwirtschaft (Banyuls/Recio 2012). Ähnlich in Griechenland: Erleichterung und Verbilligung von Kündigungen, Verlängerung des zulässigen Zeitraums für aufeinander folgende befristete Arbeitsverträge, Reduzierung des Überstundenzuschlags, Aufhebung der Allgemeinverbindlich-Erklärung von Tarifverträgen, Vorrang von Firmen-Tarifverträgen vor Flächentarifverträgen; die sogenannte Troika hat darüber hinaus bereits die Senkung des Mindestlohns gefordert (Karamessini 2012). Ganz offensichtlich haben wir es hier mit einer, wie Karamessini (ebd.: 167) schreibt, „Beschleunigung des neoliberalen Projekts“ in seiner ganzen Bandbreite zu tun.

Interessanterweise gehen die Regierungen ebenso wie der Chor der WirtschaftsjournalistInnen also davon aus, dass „die Märkte“ einer gesamtwirtschaftlichen Logik folgen, die sie selber nicht mehr auszubuchstabieren wagen. Alle Hoffnungen sind darauf gerichtet, dass „die Märkte“ es goutieren werden, wenn in den sog. „Problemländern“ das neoliberale Programm in seiner ganzen Bandbreite und mit voller Wucht umgesetzt wird. Aber werden „die Märkte“ dies tatsächlich tun?

1.2 Die Politik und „die Märkte“

Der IWF, der ja eine maßgebliche unterstützende Rolle für die EU-Austeritätspolitik spielt, hat die Folgen kurzfristiger Haushaltskonsolidierung in allen seinen Mitgliedsländern in den zurückliegenden 30 Jahren ausgewertet. Die Forschungen zeigen, dass innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren das BIP deutlich zurückgeht, die Arbeitslosigkeit — insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit — steigt, die Löhne sinken und die Ungleichheit der Einkommensverteilung zunimmt. Ball et al. (2011: 22) fassen die IWF-Forschungen mit den Feststellungen zusammen, dass kurzfristige Haushaltskonsolidierung „kontraktiv, nicht expansiv“ wirke und „die Schwierigkeiten derjenigen vergrößert, die ohnehin schon am meisten leiden“.²

2 Dieselben Autoren (ebenda: 23; vgl. dort auch die weiterführenden Literaturangaben) plädieren für eine Politik der allmählichen Haushaltskonsolidierung verbunden mit

Der Schluss, den Olivier Blanchard (2011), Chefvolkswirts des IWF, aus diesen Erkenntnissen zieht, lautet nun: „Die Wahrnehmung formt die Wirklichkeit“. Er fährt fort: „Finanzinvestoren sind schizopren im Hinblick auf Haushaltskonsolidierung und Wachstum. Zunächst reagieren sie positiv auf Nachrichten über Haushaltskonsolidierungsprogramme, aber reagieren dann negativ, wenn Konsolidierung zu niedrigerem Wachstum führt — was oft der Fall ist.“

Diese Einschätzung erlaubt im Prinzip zwei einander entgegen gesetzte politische Schlussfolgerungen: Entweder die Politik schert sich nicht um die Finanzinvestoren, weil sie in größeren Zusammenhängen denkt und davon ausgeht, „die Märkte“ früher oder später eines Besseren belehren zu können. Oder sie lässt sich von den Finanzinvestoren treiben. Ganz offensichtlich dominiert bislang die zweite Schlussfolgerung. Vom konservativen Feuilleton bis hin zu Wolfgang Streeck wird dies als Demokratieverlust beklagt, allerdings ohne zu thematisieren, dass dem politische Entscheidungen vorausgegangen sind. Unter dieser impliziten Voraussetzung ist es tatsächlich so: Die Regierungen können machen, was „die Märkte“ verlangen — sie werden dennoch immer weiter in die Enge getrieben, ihnen bleiben keine Alternativen, und die Wählerinnen und Wähler haben keine Wahlmöglichkeiten mehr. Die Politik nationaler Regierungen (und supranationaler Organisationen) ist zum Spielball großer Akteure auf den Finanzmärkten geworden.

Sehen wir uns die impliziten Voraussetzungen des Demokratieverlusts genauer an. Wenn Staatsschulden nur noch zu untragbar hohen Zinsen refinanziert werden können, *müssen* Regierungen Auswege suchen. In der EU haben wir nun die Konstellation einer abgestuft begrenzten staatlichen Souveränität vor uns: Fiskaldiktatur über alle „Schuldensünder“ in der EU, und — strafverschärfend — Verweigerung jeglichen nationalen Handlungsspielraums innerhalb der Eurozone, deren Mitgliedsländern ja nicht mehr die Möglichkeit einer eigenständigen Geldpolitik offensteht. Der Handlungsspielraum für Regierungen von Euro-Ländern könnte unmittelbar erweitert werden, wenn die EZB glaubwürdig ankündigen dürfte, sie sei zum unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen bereit. Dies wäre ebenso wie das — allerdings vielleicht nicht von heute auf morgen realisierbare — Begeben gemeinsamer Euro-Staatsanleihen die logische Konsequenz aus dem Charakter des Euro als gemeinsamer europäischer *Binnenwährung* (Horn et al. 2011). Diese Optionen werden maßgeblich auf Betreiben von Bundesregierung und Bundesbank blockiert. In der dadurch entstehenden ausweglosen Situation

Maßnahmen zur Unterstützung des Wachstums und berufen sich dabei auf die IWF-Direktorin Christine Lagarde. Wie das Beispiel der sogenannten Troika zeigt, die den griechischen Regierungen die Politik vorgibt, haben sich diese Erkenntnisse allerdings bislang nicht im praktischen Vorgehen des IWF niedergeschlagen.

wird dann aus Berlin via Brüssel den nationalen Regierungen diktiert, welcher Weg einzuschlagen sei.³

Auf diese Weise wird nationalen Regierungen (und ebenso den potentiellen zukünftigen Regierungsparteien in den betroffenen Ländern) keine Wahl gelassen, *welchen* Weg sie gehen sollen, um aus ihrer Zwangslage herauszukommen. Erst dadurch kommt es zum Demokratieverlust. Die Rolle der sogenannten Troika in Griechenland und die Absage der angekündigten Volksabstimmung sind vermutlich die extremsten Beispiele. Ebenso eindrucksvoll waren die Erpressungsmanöver vor den letzten portugiesischen Parlamentswahlen und der deutsche Druck (sekundiert von Sarkozy und der EU-Kommission) auf die Zapatero-Regierung im Mai 2010, mit dem diese zu ihrem ruckartigen Umschwenken auf jenen neoliberalen „Reformkurs“ veranlasst wurde, der von der neuen spanischen Regierung jetzt im Kern nur noch fortgeführt werden muss.⁴

Damit soll nicht gesagt werden, dass Regierungen solcher Länder wie Griechenland oder Spanien die Möglichkeit hätten, sich ohne weiteres der Macht der großen Finanzkonzerne entgegenzustellen. Dies wäre nur mit massiver Unterstützung aus der eigenen Bevölkerung für einen radikalen Politikwechsel einerseits, und im Rahmen eines in der EU oder zumindest der Eurozone abgestimmten Vorgehens andererseits — also mit starker europäischer Solidarität und Rückendeckung — möglich. Dies jedoch bereits als auch nur denkbare Option zu blockieren ist die politische Entscheidung der führenden Kräfte der Eurozone. Regierungen von Euro-Ländern werden zum Spielball von Finanzkonzernen, weil letzteren die *Möglichkeit* dafür gelassen wird.

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Die Notenbankpolitik eines „lender of last resort“ impliziert keineswegs eine Abkehr der jeweiligen Regierung von neoliberaler Politik. Dies ist bereits daran erkennbar, dass die Rolle des „lenders of last resort“ übliche Praxis der US-amerikanischen und britischen Notenbanken ist. Ebenso wenig wären gemeinsame Anleihen der Euro-Staaten bereits eine Weichenstellung hin zu einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik. Worum es bei derartigen Maßnahmen geht, ist einzig und allein, neuen Spielraum

-
- 3 Selbstverständlich ist diese Darstellung stark vergrößert. In der Praxis verläuft das Diktat von Berlin via Paris und dann gemeinsam nach Brüssel sehr konfliktreich. Doch soweit bislang erkennbar beziehen sich die Konflikte vorrangig auf die Bedeutung der jeweiligen Akteure in der Befehlskette, nicht jedoch um die zugrundeliegenden wirtschaftlichen Glaubenssätze. Inhaltliche Nuancen, die im konkreten Fall Bedeutung erlangen könnten, wurden bislang fast durchgängig (mit der wichtigen Ausnahme der Anleihekäufe durch die EZB) von Bundesregierung und Bundesbank zum Verschwinden gebracht.
 - 4 Paradoxerweise gehört auch der Sturz Berlusconi in diesen Zusammenhang. Im Europa von heute ist Rechtspopulismus das Privileg der wirtschaftlich starken Länder. Die Politiker der von ihnen abhängigen Länder müssen gehorchen.

sowohl für europäische als auch für nationalstaatliche Politik zu schaffen, und damit auch für realistische Optionen des Politikwechsels auf nationalstaatlicher und europäischer Ebene. Genau dieser Spielraum wird den Defizitländern in der Eurozone durch die Blockadepolitik von Bundesregierung und Bundesbank genommen.

Der geradezu absurde Vorgang besteht also darin, dass PolitikerInnen in wirtschaftlich starken Ländern ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten gegenüber den Großkonzernen der Geldwirtschaft nicht nutzen und damit Länder mit schwächerer Volkswirtschaft zum Spielball „der Märkte“ machen. Dies wird dann zum Anlass genommen, eine Fiskaldiktatur zu errichten. Der Rest ist gespannte Erwartung: Wie werden wohl „die Märkte“ reagieren? Wenn sie „schizophren“ reagieren, muss die Dosis der krank machenden Medizin verstärkt werden. Auf diese Weise wird der Kern der alten Agenda — die Verstümmelung des Öffentlichen und die Deregulierung des Arbeitsmarkts — mit neuem Schwung und voller Wucht weiter verfolgt.

1.3 Die Schwäche in der Stärke

Die Versuchung ist groß, hinter all dem einen großen Plan zu sehen. Doch viel realistischer ist die Annahme, dass die Überforderung der Regierungen, ihr hilflos wirkendes kurzatmiges und von den Ereignissen getriebenes Taktieren nicht gespielt sind. Sie haben es mit einer ernsten, in dieser Tiefe und diesem Umfang noch nicht erlebten Krise des Finanzmarktkapitalismus zu tun, von der buchstäblich niemand weiß, wie man sie überwinden kann. Auch die derzeit mächtigsten Akteure — die Großkonzerne der Geldwirtschaft — wissen es nicht. Sie kennen aber ihre unmittelbaren Interessen. Die von ihnen abhängigen Regierungen definieren im besten Fall — aber ebenfalls mit relativ kurzem Zeithorizont — die wirtschaftlichen Interessen ihrer Länder (und ihre jeweiligen Machtinteressen innerhalb dieser Länder). Dabei folgen sie im Grundsatz demselben Deutungsrahmen und demselben Kompass wie vor der Krise. In der deutschen Politik verbinden sich die wirtschaftlichen Interessen, die das deutsche „Geschäftsmodell“ in Europa begründen, mit einem beispiellosen Dogmatismus, mit dem an dem bisherigen Deutungsrahmen festgehalten wird. In diesem Dogmatismus unterscheiden sie sich auch vom Pragmatismus, mit dem das Finanzkapital und auch die Regierungen Großbritanniens und der USA ihre Interessen vertreten.

In der gegenwärtigen Krise treten die führenden Kräfte in der EU nun eine Flucht nach vorn an — mit sehr ungewissem Ausgang. Was sie wegen der Stimmung in der Öffentlichkeit ändern müssen (und wegen persönlicher Verunsicherung, die man nicht ausschließen sollte, vielleicht auch wollen) ist die Rhetorik. In diesem Spagat zeigen sich sowohl die Stärke und Durchsetzungskraft als auch

die Schwäche, Fragilität und Angreifbarkeit des gegenwärtigen neoliberalen Mainstreams.

So gesehen ist die Fokussierung auf das Problem der Staatsschulden nichts anderes als ein in heftigem Sturm und bei extrem schlechter Sicht ausgeworfener politischer Rettungsanker des Neoliberalismus, nachdem die zuvor unhinterfragten neoliberalen Glaubenssätze mit der Krise ihre Massenwirksamkeit eingebüßt haben.

Diese Schwäche in der Stärke wird auch in der Rolle Deutschlands im EU-Kontext deutlich. Die Bundesregierung diktiert anderen Ländern ein Austeritätsprogramm mit der Autorität desjenigen, der die notwendigen „Reformen“ erledigt oder zumindest — wie im Fall der „Schuldenbremse“ — eingeleitet habe und deshalb besser als alle anderen dastehe. Der offenbar angestrebte innenpolitische Nebeneffekt dieser Show besteht darin, die Deutschen doch noch mit der ungeliebten „Agenda 2010“ zu versöhnen, deren „Reformdividende“ heute ausbezahlt werde. Und vielleicht auch schon — obwohl man den Weitblick der maßgeblichen PolitikerInnen der heutigen und potentiellen Regierungsparteien nicht überschätzen sollte — die Absicht, die deutsche Bevölkerung allmählich darauf einzustellen, die vom Wirksamwerden der Schuldenbremse zu erwartenden Flurschäden als unvermeidliches Opfer für eine fruchtbare Zukunft unseres Landes zu interpretieren. Auch da werden wir es den anderen vormachen müssen. Vor allem aber beruht die deutsche Fiskal-Diktatur in der EU auf dem Irrglauben, durch Verbreitung der vermeintlichen deutschen Stabilitätstugenden das ursprüngliche Geschäftsmodell des deutschen Kapitalismus in der EU — und insbesondere in der Eurozone — weiter verfolgen zu können. Hinter der deutschen Politik stehen also starke Interessen, aber ihre Erfolgsaussichten sind eher schwach. Wenden wir uns also den Implikationen dieses Geschäftsmodells zu.

2. Der krankmachende Mann Europas

Der Kern dessen, was über lange Zeiten als die deutsche Variante des ‘koordinierten’ oder ‘Rheinischen Kapitalismus’ bezeichnet wurde, war eine Kombination von wirtschaftlicher Dynamik und relativ geringer sozialer Ungleichheit. Bis vor rund 20 Jahren halfen Institutionen wie das System der industriellen Beziehungen, das Arbeitsrecht und der Wohlfahrtsstaat dabei, die auf hoher Wertschöpfung und Qualitätsproduktion beruhenden Erfolge der weltmarktorientierten, von ‘geduldigem Kapital’ und gut ausgebildeten Beschäftigten getragenen Industrie der gesamten Volkswirtschaft und auch großen Teilen der Gesellschaft zugute kommen zu lassen. Doch nach der historischen Zäsur der Jahre 1989/90, der ruckartig vollzogenen monetären Angliederung Ostdeutschlands und der danach

andauernden hohen Arbeitslosigkeit wurde das deutsche Modell zumindest bei inländischen Beobachtern in immer düstereren Farben beschrieben. Ein tonangebender und insbesondere bei Journalisten beliebter Ökonom bezeichnete Deutschland als den »kranken Mann Europas« und fragte, ob dieser »noch zu retten« sei (Sinn 2003). Es war genau der Moment, in dem der in den 90er Jahren zunächst noch vorsichtig eingeleitete politische und wirtschaftliche Umbruch seinen Höhepunkt — oder Tiefpunkt — erreichte und insbesondere mit der „Agenda 2010“ über die Anpassungen an den neoliberalen Mainstream in vielen anderen EU-Ländern noch hinausging. Im Ergebnis bot das deutsche Modell am Vorabend der großen Krise 2008/2009 ein neues Bild: eine wieder erstarkte und hoch leistungsfähige Exportindustrie in einem Umfeld zunehmender sozialer und institutioneller Desintegration und Fragmentierung (vgl. ausführlicher Lehndorff et al. 2009).

2.1 Das deutsche Geschäftsmodell

Die Exporterfolge der deutschen Industrie haben ihre stärksten Fundamente in der hohen Spezialisierung und Produktqualität, der Serviceorientierung der Unternehmen und der Flexibilität und Qualifikation der Beschäftigten. Doch im zurückliegenden Jahrzehnt wurden diese produktbezogenen Stärken massiv durch eine Senkung der Lohnstückkosten im Verhältnis zu den übrigen EU-Ländern ergänzt, weil die durchschnittlichen Löhne in Deutschland stagnierten und teilweise sogar sanken, während die Arbeitsproduktivität ungefähr im EU-Durchschnitt anstieg. Dies begünstigte einen besonders niedrigen Preisniveauanstieg, so dass die deutschen Exporterfolge, wie es die Deutsche Bundesbank (2011a: 17) zurückhaltend formuliert, auch von der „Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Impulse“ erhielten. Während in den zurückliegenden Jahrzehnten der Wechselkurs-Anpassungsmechanismus bei derartigen Entwicklungen einen gelegentlichen Ausgleich zugunsten schwächerer Volkswirtschaften ermöglicht hatte, waren nun mit der Währungsunion immerhin zwei Fünftel des deutschen Außenhandels von dieser Last befreit. Die erweiterte D-Mark-Zone war endlich in einem supranationalen Vertragswerk verankert. Das deutsche Geschäftsmodell in der Eurozone konnte jetzt so aufblühen, wie es seit den Verträgen über die EWU in den 90er Jahren angestrebt war. Dies zahlte sich aus, wie der beeindruckende Anstieg der Leistungsbilanzüberschüsse wenige Jahre nach der Einführung des Euro belegt (vgl. Joebges et al. 2010).

Ein derartiges außenwirtschaftliches Ungleichgewicht der größten europäischen Volkswirtschaft musste über kurz oder lang zu einem europäischen Problem werden, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen üben die schwache Entwicklung der Durchschnittslöhne und die mit ihr verbundene, rasch zu-

nehmende Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung einen massiven Druck auf andere EU-Länder aus, ihr Wettbewerbs-Heil ebenfalls in Lohnsenkungen zu suchen. Zum anderen nimmt die schwache Entwicklung des deutschen Binnenmarkts anderen Ländern Exportmöglichkeiten in die größte europäische Volkswirtschaft. Das binnenwirtschaftliche Ungleichgewicht in Deutschland ist deshalb die wichtigste Quelle der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte, die auch weiterhin wie ein Bleigewicht an der Eurozone hängen (Bofinger 2010). Man kann es so zuspitzen: Deutschland exportiert nicht zu viel, sondern *importiert zu wenig*. Diese vielfach gerühmte „Lohnmäßigung“ ist Ergebnis der vor allem unter der Schröder-Regierung durchgesetzten Umbrüche im deutschen Wirtschafts- und Sozialmodell.

2.2 „Hartz IV vergiftet Europa“

Entgegen einer – auch unter Linken – häufig anzutreffenden Auffassung ist die wichtigste Ursache der schwachen Lohnentwicklung nicht in dem (durchaus immer wieder praktizierten) Wettbewerbskorporatismus von Industriegewerkschaften und Arbeitgebern zu suchen. Die stärksten Tariflohn erhöhungen gab es in den Branchen, die am intensivsten der internationalen Konkurrenz ausgesetzt sind. Nur in der Metall- und der Chemieindustrie konnten die Gewerkschaften ungefähr den sogenannten „verteilungsneutralen“ Spielraum ausschöpfen, der als Summe von Preissteigerungen und gesamtwirtschaftlichem Produktivitätswachstum definiert wird. Die vergleichsweise starken und durchsetzungsfähigen Gewerkschaften in diesen Branchen haben damit zwar nicht die fortschreitende Einkommensumverteilung zu Lasten der abhängig Beschäftigten verhindert, doch die noch wichtigeren Ursachen der geringen durchschnittlichen *Tariflohn*steigerungen sind offenbar in den Binnenmarkt-Branchen zu suchen, unter denen der öffentliche Dienst das Schlusslicht aller großen Branchen bildet.

Dieses Auseinanderdriften der Tariflöhne ist ein erster Indikator für verschiedene Strukturbrüche im deutschen Beschäftigungssystem (vgl. zum Folgenden auch die ausführlichere Darstellung in Lehndorff 2012):

Erstens ist die traditionelle Architektur des Geleitzugprinzips in Tarifverhandlungen auseinandergebrochen. Die Kluft zwischen den Arbeitskosten in Industrie und Dienstleistungen ist heute so groß wie in keinem anderen EU-Land. Bemerkenswert dabei ist insbesondere der Druck auf die Tarifeinkommen im öffentlichen Dienst, der eine unmittelbare Reaktion auf die durch die rot-grünen Steuerreformen entstandenen Einnahmeverluste des Staates ist (2010 betragen diese Verluste immerhin 2,5% des BIP; Truger/Teichmann 2010).

Zweitens ist das Tarifvertragssystem so stark geschwächt, dass die *effektiven* Lohnsteigerungen von 2000 bis 2010 im Durchschnitt fast 50% unter den ta-

rifvertraglichen Lohnerhöhungen lagen und die Reallöhne pro Kopf im Durchschnitt um 4% zurückgegangen sind (Bispinck 2011). Wesentliche Gründe dafür sind der Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades, der Rückgang der Tarifbindung, die Demontage des Instruments der Allgemeinverbindlicherklärung von Flächentarifverträgen sowie die zahlreichen lokalen Abweichungen von Flächentarifverträgen seit dem Beginn der 2000er Jahre (Haipeter 2009).

Drittens haben auch die Fundamente des Tarifvertragssystems tiefe Risse bekommen. So werden durch das Outsourcing von Vorleistungen immer größere Teile der Industrie in Industrie- oder Dienstleistungsbetriebe mit niedrigeren Arbeitsstandards verschoben, und durch Privatisierungen vormals öffentlich erbrachter Dienstleistungen werden große Bereiche mit massiver Niedriglohn-Konkurrenz geschaffen. Dies ist zwar keine deutsche Besonderheit, verstärkt aber die *Wirkungen* der Umbrüche im Tarifvertragssystem.

Viertens wirken die seit 2003 vorgenommenen Änderungen an der Architektur der Arbeitsmarktregulierung im Rahmen der „Agenda 2010“ als machtvolle Bremse der Lohnentwicklung. „Hartz IV vergiftet Europa“ – so brachte ein Kommentator der Financial Times Deutschland den Zusammenhang auf den Punkt (Münchau 2010). Der mit den „Arbeitsmarktreformen“ verbundene Systemwechsel in Richtung eines Fürsorgesystems mit Bedürftigkeitsprüfung löste in größeren Teilen des Arbeitsmarkts eine Sogwirkung nach unten aus (Knuth 2011). Die de-facto Aushebelung des europäischen ‘equal pay’-Rechtsgrundsatzes durch die Bundesregierung ebnete den Weg für Dumping-Tarifverträge in der Leiharbeit (Weinkopf/Vanselow 2008). Ein weiterer kräftiger Schub für die Ausweitung atypischer Beschäftigung geht von der öffentlichen Subventionierung von Niedriglöhnen und insbesondere der Förderung von ‘Minijobs’ aus.

Der „Hartz-Kapitalismus“ (Dörre 2011) entfaltet seine volle Dynamik der Prekarisierung und Lohndämpfung durch das Fortbestehen des konservativen Wohlfahrtsstaats in Deutschland, der eine nur begrenzte Teilnahme von Frauen am Erwerbsleben teils erzwingt und teils fördert. Auch wenn dieses den 1950er Jahren verhaftete System immer stärker in die Kritik gerät und partielle Veränderungen (wie die Einführung eines Elterngeldes nach schwedischem Vorbild) eingeleitet wurden, steht seine im Grundsatz unangetastete Stabilität in bemerkenswertem Kontrast zu dem neoliberal inspirierten Reformeifer auf anderen Gebieten.

Das Zusammenwirken des Umbruchs im Institutionensystem des deutschen Arbeitsmarkts einerseits und der hartnäckigen Verteidigung des auf einem konservativen Geschlechtermodell beruhenden Wohlfahrtsstaats andererseits findet seinen markantesten Ausdruck im Wachstum des Niedriglohnsektors. Hinter dem Rückgang der (preisbereinigten) *durchschnittlichen* Löhne aller ArbeitnehmerInnen in den 2000er Jahren verbirgt sich eine Ausdifferenzierung der Löhne mit starkem Ausfransen nach unten (vgl. Bosch/Kalina 2008).

2.3 Der Weg in die Knechtschaft

Der leichte Rückgang der Durchschnittslöhne im zurückliegenden Jahrzehnt ging Hand in Hand mit einer weiter zunehmenden Ungleichverteilung zwischen Löhnen und Gewinnen. Das Sinken der Lohnquote bis zum Vorabend der Krise um mehr als sechs Prozentpunkte gehörte zu den stärksten in der EU (ILO 2010).

Hinzu kam, dass die Veränderungen in der Primärverteilung deutlich weniger, als dies zuvor üblich war, durch die Sekundärverteilung abgeschwächt wurden. Ursache dafür waren die bereits erwähnten Steuerreformen der Rot-Grünen Bundesregierung. Im Ergebnis nahm die Ungleichheit in der Wachstumsphase 2004 bis 2008 besonders stark zu: Leicht rückläufigen Nettolöhnen stand ein Anstieg der Kapitaleinkommen (Einkommen privater Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen) um fast 20% gegenüber (Brenke 2011).

Diese massive Umverteilung zugunsten von Gewinnen und Kapitaleinkommen in Deutschland hat maßgeblich zum Entstehen der Krise beigetragen (Horn et al. 2009). Denn für das nicht profitabel investierbare Geldkapital mussten Einsatzfelder außerhalb der inländischen Produktion von Gütern und konsumierbaren Dienstleistungen gesucht werden. Und sie wurden auch gefunden: In der boomenden Finanzmarktblase spielten deutsche Gewinne und Vermögenseinkommen eine wichtige Rolle. Zahlreiche Deregulierungen des Finanzsektors durch die SPD-geführte Bundesregierung hatten die Türen dafür weit geöffnet (Huffs Schmid 2010). Deutschland hatte nach China den zweitgrößten Kapitalüberschuss der Welt. Anders jedoch als China, das zum größten ausländischen Gläubiger des *US-Staates* aufstieg, gehörten deutsche Anleger zu den größten ausländischen Gläubigern des verschuldeten *US-Privatsektors* (Horn 2011). Deutsche Banken waren auch die größten Kreditgeber von Griechenland, Irland, Portugal und Spanien (Bofinger 2010).

An dem zuletzt genannten Aspekt wird auch deutlich, dass dieses Modell sehr von der Mittäterschaft der führenden Akteure in den heutigen „Problemländern“ profitierte. Zwar hat vor der Krise trotz aller Leistungsbilanzdefizite niemand in der EU einen Anlass gesehen, diesen Ländern einen solchen Status zu verleihen. Immerhin waren die Wachstumsraten der heutigen „Schuldensünder“ (mit Ausnahme Italiens) deutlich höher als die Deutschlands. Auch hatten ihre Regierungen sich teilweise schon seit langem immer wieder um neoliberal inspirierte Arbeitsmarktreformen bemüht – wenn auch nicht ganz so konsequent, wie es eine deutsche Bundesregierung dann später ins Werk setzte. Im Ergebnis gehören die Arbeitsmärkte Italiens und Spaniens zu den am stärksten dualisierten in Europa.⁵ Doch dadurch wird keine Volkswirtschaft gesund.

5 Am Vorabend der Krise hatten rund ein Drittel der Beschäftigten in Spanien einen befristeten Arbeitsvertrag (90% aller neu abgeschlossenen Arbeitsverträge waren befristet).

Und krank waren sie alle, aber jede hatte und hat ihre ganz eigene Krankheit: Das völlig auf das Anziehen von ausländischen Direktinvestitionen und Schattenbanken fokussierte Modell Irlands (Wickham 2012); der – ebenso wie in Irland – mit hoher privater Verschuldung einhergehende und zudem die Umwelt zerstörende Immobilienboom in Spanien (Banyuls/Recio 2012); die Profit-Preis-Spirale in Griechenland mit katastrophalen Auswirkungen auf die Leistungsbilanz, in Verbindung mit einer extrem schwachen Steuerbasis bei gleichzeitiger Abwesenheit irgend eines wirtschaftlichen Entwicklungskonzepts (Karamessini 2012); und in Italien die „wachstumsbehindernde Vetternwirtschaft, Korruption und bürokratische Ineffizienz“ zusammen mit dem „Fehlen jeglicher Industriepolitik“ und einer ausgeprägt starken Kombination von „Steuervermeidung, Steuerflucht und Steuersenkungen“ in einem Land, dessen private Geldvermögen in Relation zum BIP zu den höchsten Europas zählen (Simonazzi 2012: 193, 188; FAZ 15.12.2011).

Nichts davon hat vor der Krise die Kritik der EU, deutscher Bundesregierungen und geschweige denn „der Märkte“ hervorgerufen. Warum auch – die Akkumulationsmodelle in der EU und insbesondere innerhalb der Eurozone waren und sind miteinander verbunden: „Der Exportüberschuss einiger westeuropäischer Länder ist durch auslandskreditfinanzierten Import der Defizitländer ermöglicht worden“ (Becker/Jäger 2009: 544). Die im Geiste eines neoliberalen Dogmatismus konzipierten europäischen Projekte des Binnenmarktes und der Währungsunion, die von den Regierungen auch dieser Länder für gut geheißen wurden, haben jedoch keine zukunftsfähigen wirtschaftlichen Entwicklungspfade eröffnet. Dies zahlt sich jetzt bitter aus. Zwar hat das durch den Euro ermöglichte Niedrigzins-Modell einige Jahre lang gut funktioniert – nicht nur für die Oberschichten, vielfach auch für die Mittelschichten dieser Länder. Doch jetzt ist, wie Wickham (2012: 59) für Irland schreibt, „die Party vorbei“. Nun wird in Europa, wie der CDU-Fraktionsvorsitzende auf dem CDU-Parteitag Ende 2011 verkündete, „deutsch gesprochen“. Der in der Zwischenüberschrift genannte Titel des berühmtesten Werks von Friedrich August von Hayek zielte auf etwas völlig anderes ab, aber hier trifft er zu.

Dass dies so ist, hängt allerdings nicht primär mit der viel gerühmten und gefürchteten „deutschen Stabilitätskultur“ zusammen. Die Staatsverschuldung ist in Deutschland bekanntlich auch nicht niedriger als im EU-Durchschnitt, und sofern mit „Stabilität“ die weit unterdurchschnittlichen Inflationsraten vor der Krise gemeint sein sollten, waren diese ja gerade Ausdruck jenes Kerns

In Italien sind befristete Arbeitsverträge für viele Jugendliche der einzige Zugang zum Arbeitsmarkt — mit Einstiegsgehältern, die vor der Krise wieder auf das Niveau gesunken waren, das sie 20 Jahre zuvor hatten (Banyuls/Recio 2012, Simonazzi 2012).

der europäischen Ungleichgewichte, die die Fundamente der Währungsunion ins Wanken gebracht haben. Der gegenwärtig so wirkungsmächtige Mythos, dass „Deutschland alles richtig gemacht“ habe, hängt vielmehr wesentlich damit zusammen, dass sich – wie eingangs bemerkt – die Prophezeiung der Bundeskanzlerin bewahrheitet hat, dass Deutschland stärker aus der Krise hervorgehen werde, als es in sie hineingegangen sei. Was waren die Ursachen dieses Erfolgs?

3. Paradoxien des deutschen Erfolgs

Wenn gegenwärtig der Anschein erweckt wird, als könne Deutschland als Vorbild für alle dienen, dann hängt dies wesentlich mit dem so genannten „deutschen Beschäftigungswunder“ der Jahre 2008/2009 zusammen. Das tatsächlich erstaunliche Ausmaß an Stabilität auf dem Arbeitsmarkt war die wesentliche Voraussetzung für die schnelle wirtschaftliche Erholung ab dem dritten Quartal 2009 und das daran anknüpfende Wachstum in 2010 und 2011. Zum einen deshalb, weil erstmals nach langer Zeit – wenn auch nur vorübergehend – vom Binnenmarkt stärkere konjunkturelle Impulse nicht nur ausgehen mussten, sondern auch ausgehen konnten. Zum anderen deshalb, weil unter dieser Voraussetzung die Industrieunternehmen in kürzester Zeit auf die zunächst wieder anspringende Weltkonjunktur reagieren konnten. Beides zusammen wiederum wirkte sich – drittens – so entspannend auf die durch die Krise arg strapazierten staatlichen Haushalte aus, dass in Deutschland genau das vermieden werden konnte, was anderen – teilweise sogar weniger verschuldeten – Ländern zur Pflicht gemacht wurde: drastische Kürzungsprogramme einzuleiten. Zugespitzt kann man sagen, dass der einstweilige politische Erfolg der Bundesregierung in der EU darauf beruht, dass in Deutschland zum Teil das Gegenteil von dem getan wurde und wird, was anderen oktroyiert wird.

3.1. Das Beschäftigungswunder

Der Absturz der deutschen Wirtschaft ab September 2008 war wegen ihrer extremen Exportabhängigkeit besonders dramatisch und wurde nur von Ländern mit platzenden Finanz- und Immobilienblasen übertroffen. Umso verblüffender war die Stabilität auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Das sogenannte „Beschäftigungswunder“ der Jahre 2008/2009, das seine Fortsetzung in einem Anstieg der Beschäftigtenzahlen bis zum Jahresende 2011 (und vielleicht sogar darüber hinaus) gefunden hat, lässt sich auf folgenden einfachen Nenner bringen: Während *vor* der Krise der Umbruch im deutschen Beschäftigungsmodell aktiv zum Entstehen der europäischen und weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte

beigetragen hatte, war die Stabilisierung des Arbeitsmarkts und der Wirtschaft *während* der Krise ausgerechnet einer Reaktivierung derjenigen Elemente des deutschen Modells zu verdanken, die den neoliberal inspirierten Demontageeifer der Jahre davor überlebt hatten.

Die Wiederbelebung alter Tugenden begann mit dem plötzlichen – wenn auch nur vorübergehenden – Beiseitelegen vieler bislang gepflegter neoliberaler Dogmen in der Regierungspolitik. Quasi über Nacht wurden entgegen allen zuvor gebetsmühlenartig wiederholten Glaubenssätzen umfangreiche Konjunkturprogramme aufgelegt. Die Bundestagswahlen von 2009 standen vor der Tür, und jegliches Zögern beim Retten der „Realwirtschaft“ wäre angesichts der Milliardenausgaben und -bürgschaften für die Rettung von Banken zum politischen Desaster für die beiden großen Regierungsparteien geworden.

Die Konjunkturprogramme der Regierung stützten sich auf die aktive Mitarbeit sowohl der Arbeitgeberverbände als auch der Gewerkschaften. Es entstand ein informeller ‘Krisen-Korporatismus’ (Urban 2012), dessen wichtigste unmittelbare Wirkung in der Abwendung eines massenhaften Beschäftigungsabbaus in der krisengeschüttelten Industrie bestand. Diese Notgemeinschaft schloss zwar – wie der starke Rückgang der Leiharbeit zeigte – zum Schutz von Stammbeschäftigten den Rückgriff auf externe Flexibilität keineswegs aus. Doch ein noch größeres Gewicht hatte die interne Flexibilität, die ihren markantesten Ausdruck in der erheblichen Verkürzung der pro Kopf geleisteten Arbeitszeit fand. Sie beruhte auf der Mobilisierung unterschiedlicher Ressourcen des deutschen Beschäftigungsmodells – zum Teil neu entstandener, vor allem aber traditioneller und in der Krise wiederentdeckter Stärken, die den Abbruch und Umbruch der Vorjahre überlebt hatten – von der Kurzarbeit über das Berufsbildungssystem bis hin zur Flexibilität der Arbeitszeit (vgl. dazu ausführlicher Bosch 2011 und Lehndorff 2011).

Dass ausgerechnet jene Institutionen zur Stabilität auf dem deutschen Arbeitsmarkt beitrugen, die dem Neoliberalismus zuvor nicht zum Opfer gefallen waren, ist eigentlich kein „Wunder“. Dennoch machte sich der Umbruch der Vorjahre auch in der Krise bemerkbar. Der schnelle und starke Rückgang der Leiharbeit signalisierte, wie weit die Dualisierung des Arbeitsmarkts bereits fortgeschritten ist. Nicht so offensichtlich, aber ebenso wichtig ist die Dualisierung in Gestalt der viel gelobten Flexibilität der Arbeitszeiten. Die Arbeitszeit-Puffer, deren Abbau sich in der Krise als so hilfreich erwies, waren ja zuvor zu Lasten eines stärkeren Beschäftigungswachstums aufgebaut worden – vor allem in Gestalt hoher Guthaben auf Arbeitszeitkonten. Die Widersprüche, Ungleichgewichte und Fragilitäten, die mit dem neoliberal inspirierten Umbruch Einzug ins deutsche Beschäftigungsmodell gehalten haben, wirkten in der Krise fort – und tun dies auch weiterhin.

Dieses Fortwirken zeigte sich zunächst – in paradoxer Weise – in der konjunkturellen Entwicklung. So plötzlich und radikal der Absturz in die Krise war, so

rasch und zunächst kräftig setzte bereits in der zweiten Jahreshälfte 2009 der Aufschwung wieder ein – das eine wie das andere vom Export getrieben. Noch hatten viele deutsche Industrieunternehmen gewissermaßen mit laufendem Motor den Gang der Ereignisse abgewartet (und dabei anders als fünf Jahre zuvor erhebliche Produktivitätseinbußen in Kauf genommen). Als die Auslandsnachfrage im dritten Quartal 2009 wieder anzog, waren die qualifizierten Stammbesellschaften noch an Bord, die Kurzarbeit wurde beendet, die entlassenen Leiharbeitskräfte wurden wieder zurück geholt, und die leer geräumten Arbeitszeitkonten konnten wieder aufgefüllt werden. Es konnte wieder losgehen – und wie viele zunächst glaubten: weitergehen wie vor der Krise.

In gewisser Weise tat es das auch zunächst. Der Anstieg der Lohnquote während des wirtschaftlichen Absturzes wurde 2010/2011 wieder zurückgedreht (Schäfer 2011). Der Anteil der Beschäftigten und der Haushalte mit niedrigen Löhnen stieg bis 2011 leicht über das Vorkrisenniveau hinaus an (Bosch 2011). Die Zahl der Beschäftigten in Leiharbeit lag im Sommer 2011 um 100.000 über dem vor der Krise erreichten Höchststand (IW 2011). Die Arbeitszeiten wurden wieder länger, und zwar über den Abbau der vorherigen Kurzarbeit hinaus (IAQ 2011). Die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft stiegen 2010 lediglich um 0,6% (gegenüber einem Euroraum-Durchschnitt von 1,6%). Und vor diesem Hintergrund nicht überraschend: Die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse sind weiterhin hoch (Niechoj et al. 2011).

Zwar ist auch die deutsche Staatsschuld im Zusammenhang mit der Krise sprunghaft gewachsen. Doch ist die Neuverschuldung bislang weitaus weniger rasch angestiegen als ursprünglich befürchtet, weil das Wachstum der Wirtschaft und der Steuereinnahmen in den Jahren 2009 bis 2011 überraschend kräftig war. Auf diese Weise wurde sogar ein positiver Wachstumsbeitrag der Staatsausgaben ermöglicht – ein Effekt, der anderen Ländern mit Hinweis auf die Notwendigkeit des sofortigen Abbaus der Neuverschuldung verwehrt wird. Hinzu kommt als eine Art Krisendividende der so genannte „safe haven effect“ (Deutsche Bundesbank 2011b: 42): Deutsche Bundesanleihen wurden ein so begehrtes Anlageobjekt, dass ihre Zinsen von knapp 5% vor der Krise mittlerweile auf Werte gesunken sind, die teilweise unter der Inflationsrate liegen. Deutschland verschuldet sich, wenn man so will, gegenwärtig real zum Nulltarif. Diese Faktoren erleichtern es der deutschen Politik, die Kürzungspolitik im eigenen Land zunächst noch etwas zu entdramatisieren. Doch das wird nicht so bleiben.

3.2 Die Revolution frisst ihre Eltern

Dass das vergleichsweise kräftige Wachstum der Jahre 2010 und 2011 anhält, auf dem der — in der Qualität der Jobs ohnehin zwiespältige — Anstieg der Beschäf-

tigtenzahlen beruhte, gilt mittlerweile als wenig wahrscheinlich. Die Hoffnungen auf eine Fortsetzung der deutschen Erfolgsgeschichte erweisen sich immer mehr als trügerisch, und zwar ironischerweise nicht zuletzt deshalb, weil die deutsche Politik des „beggar and lecture thy neighbour“ in Europa so erfolgreich ist.

Die deutsche Regierung hat seit 2009 „Lohndämpfung“ mit großem Erfolg zu einem Exportschlagern gemacht. Andere Länder werden gezwungen, sich am deutschen Beispiel orientieren, damit sie ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und ihre Staatsschulden reduzieren können. Das Problem dabei ist, dass, wenn alle dem deutschen Beispiel folgen, die bisherige deutsche Strategie des Exportüberschusses zumindest innerhalb der EU nicht mehr funktioniert. Der Anteil von bislang 40% aller Exporte, die in Länder außerhalb der EU gehen, müsste also deutlich gesteigert werden — angesichts der internationalen konjunkturellen Entwicklung keine triviale Aufgabe. Es sei denn, die gestiegene preisliche Wettbewerbsfähigkeit anderer EU-Länder wird innerhalb Deutschlands durch noch stärkeren Druck auf die Löhne und eine noch stärkere Ausweitung des Niedriglohnssektors kompensiert. Es ist fraglich, ob dies innenpolitisch durchsetzbar wäre.

Das wahrscheinlichste und sich bereits abzeichnende Szenario ist, dass die harten Kürzungen von Staatsausgaben, der Abbau von Beschäftigung und die Senkung von Löhnen in den Defizitländern die europäische Wirtschaftsentwicklung in eine weitere Rezession ziehen. Auch ein Land wie Irland, dessen Regierungen auf einen ausschließlich exportgestützten Aufschwung gesetzt haben, wird jetzt erneut nach unten gezogen. In den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern wie Griechenland hat die Verringerung des Leistungsbilanzdefizits mit Hilfe der sogenannten „internen Abwertung“ begonnen, also der Verelendung von wachsenden Teilen der Bevölkerung. Zumindest innerhalb Europas wird es für Deutschland also immer schwieriger, den bisherigen Kurs fortzusetzen.

So wird unter den Bedingungen niedriger Wachstumsraten in den kommenden Jahren auch in Deutschland die mit Zustimmung aller aktuellen und potentiellen Regierungsparteien eingeführte Schuldenbremse als Fessel für Regierungshandeln immer schmerzhafter spürbar werden. Die öffentliche Finanznot, die heute vor allem auf der Ebene der Länder und der Kommunen zu spüren ist, wird die Möglichkeiten des Staates zunehmend beeinträchtigen, die für die Entwicklung der endogenen Potentiale dieses Landes erforderlichen Investitionen nicht allein in Beton, sondern vor allem in Menschen zu tätigen (vgl. dazu die Beiträge von Eicker-Wolf/Himpele und Reiner in PROKLA 163). Die neoliberale Revolution in der EU frisst ihre Eltern.

4. Ein Blick nach vorn: Europäische Solidarität und länderspezifische Hausaufgaben

Dass Europa heute in dieser extrem schwierigen Lage ist, haben nicht allein die führenden Akteure aus Politik und Wirtschaft in Deutschland zu verantworten. Die neoliberale Binnenmarktstrategie, die Maastricht-Kriterien, die Konstruktion der EZB und des Euro – all dies ist durch und durch neoliberal konzipiert und wurde von den Regierungen aller EU-Länder (auch und gerade zu der Zeit, als diese mehrheitlich sozialdemokratisch waren) für richtig gehalten, mit vorangetrieben und auch genutzt, um die Deregulierung der Arbeits- und Produktmärkte (einschließlich und nicht zuletzt der Finanzmärkte) in den jeweils eigenen Ländern als „Notwendigkeit“ der Integration erscheinen zu lassen. Dass diese ohnehin schwierige Lage jedoch seit zwei Jahren für einige EU-Länder immer katastrophalere Auswirkungen hat, liegt tatsächlich vor allem an der deutschen Bundesregierung. Die entstandene de-facto Fiskaldiktatur, die nach und nach auch Eingang in die EU-Verträge findet, macht eine wirtschafts- und sozialpolitische Neuorientierung sowohl auf EU-Ebene als auch innerhalb der Mitgliedsländer zu einer extrem anspruchsvollen Herausforderung.

Das eigentlich Komplizierte daran ist, dass eine Neuorientierung nur im Verbund der beiden Ebenen – also der EU einerseits und der nationalstaatlichen andererseits – zu verwirklichen ist. Ohne hier auch nur auf die wichtigsten Elemente der Reformen auf EU-Ebene eingehen zu können (vgl. den Überblick bei Degryse/Pochet 2011), soll lediglich das Kernproblem der Zukunft des Euro erwähnt werden: Wenn der Euro tatsächlich eine Zukunft als europäische Binnenwährung haben soll, bedarf es einer Art europäischer Wirtschaftsregierung, die sich allerdings sowohl im Inhalt ihrer Politik als auch in ihrer demokratischen Legitimation radikal vom gegenwärtigen „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ unterscheiden müsste. Sie würde notwendig auf eine Art europäischer „Ausgleichsunion“ (Troost/Paus 2011) hinauslaufen, in der die Überschüsse der einen strategisch eingesetzt werden, um andere leistungsfähiger zu machen.

Aber – und hier liegt eine mindestens ebenso große Herausforderung: Eine solche Rechnung kann nur aufgehen, wenn nicht nur in den EU-Ländern, sondern auch in den Ländern der Euro-Peripherie grundlegende Reformen eingeleitet werden, mit denen die Voraussetzungen für nachhaltigere Modelle der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung geschaffen werden. Kritische WirtschaftswissenschaftlerInnen aus den heutigen „Problemländern“ Ländern sehen dies teilweise ebenso. So fragt die italienische Ökonomin Annamaria Simonazzi (2012: 193 f.), ob es – erstens – „ein gemeinsames Interesse gibt, das Überschuss- und Defizitländer verbindet“, und zweitens, „welche Reformen die südlichen Länder in eigener Regie einleiten müssen, um der gemeinsamen Währung zu einer tragfähigen Grundlage zu verhelfen“. Ihre mutige Schluss-

folgerung: „Erst wenn wir unsere Hausaufgaben gemacht haben, können wir Europas Hilfe verlangen.“

Dieses Argument gilt jedoch in etwas anderem Sinne ebenso für Deutschland. Wenn es richtig ist, dass der neoliberale Umbruch im deutschen Modell des Kapitalismus zu den Wurzeln der wirtschaftlichen Krise in Europa gehört und die deutsche Politik mittlerweile zum Haupthindernis für die Überwindung der Krise geworden ist, dann sind Reformen in Deutschland für einen Ausweg aus der Krise ebenso wichtig wie Reformen in den Defizitländern. Vielleicht sind sie sogar die Voraussetzung für alles andere. Deutschland, seine Wirtschaft und seine Gesellschaft, haben heute schon das Potential, eine wesentlich positivere Rolle in Europa zu spielen. Die deutsche Industrie könnte ihre Stärken auf dem Feld der ökologischen Erneuerung entwickeln, getragen von einer vergleichsweise breiten Zustimmung in der Gesellschaft zum nachhaltigeren Umgang mit natürlichen Ressourcen. Mehr sozialer Ausgleich innerhalb der größten europäischen Volkswirtschaft würde den permanenten Sozialabbau- und Lohnsenkungsdruck auf andere Länder der Region und insbesondere der Währungsunion verringern. Deutschland könnte Motor einer sozial und ökologisch nachhaltigeren Neuorientierung in der EU werden und anderen Ländern mehr Luft zum Atmen geben, ihre eigenen Wirtschafts- und Sozialmodelle zu erneuern. Dies wäre zugleich ein bedeutender Schritt zur Stärkung der Demokratie in der EU und ihren Mitgliedsländern. Das wirtschaftlich stärkste Land Europas wird erst dann zum Motor einer wirtschaftlichen und sozialen Integration, wenn es seine eigenen Hausaufgaben macht.

Literatur

- Ball, L./Leigh, D./Prakash, L. (2011): 'Painful medicine', *Finance & Development* (September), 20–23.
- Banyuls, J./Recio, A. (2012): Spain: the nightmare of Mediterranean neoliberalism. In: Lehndorff, S. (Hrsg.): *A triumph of failed ideas*, Brüssel, 199–219.
- Becker, J./Jäger, J. (2009): Die EU und die große Krise. *PROKLA* 157, 541–558.
- Bieling, H.-J. (2011): Vom Krisenmanagement zur neuen Konsolidierungsagenda der EU. *PROKLA* 163, 173–194.
- Bispinck, R. (2011): Pay in the 2000s: development and outcomes. *WSI Report* (6), Düsseldorf.
- Blanchard, Olivier (2011): 2011 in Review: Four Hard Truths. IMF direct. <http://blog-imfdirect.imf.org/2011/12/21/2011-in-review-four-hard-truths/> (10. Januar 2011).
- Bofinger, P. (2010): Eine andere Meinung zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Währungsunion, in: *Sachverständigenrat, Jahresgutachten 2010/11*, 123–133.
- Bosch, G. (2011): The German labour market after the financial crisis: Miracle or just a good policy mix? In: Vaughan-Whitehead, D. (ed.): *Inequalities in the world of work: The effects of the crisis*. Geneva: International Labour Office, 255–286.
- Bosch, G./Lehndorff, S./Rubery, J. (eds.) (2009): *European employment models in flux: a comparison of institutional change in nine European countries*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.

- Bosch, G./Kalina, T. (2008): Low-wage work in Germany: an overview, in: Bosch, G./Weinkopf, C. (Hrsg.): *Low-wage work in Germany*. Russell Sage Foundation, New York, 19-112.
- Brenke, K. (2011): Einkommensumverteilung schwächt privaten Verbrauch. *DIW-Wochenbericht* (8), 2-12.
- Chakraborty, A. (2011): Which is the No 1 problem economy in Europe? *Guardian*, 8. August, <http://www.guardian.co.uk/commentsfree/2011/aug/08/number-one-problem-economy-europe> (25. August 2011).
- Degrype, C./P. Pochet (2011) 'Monetary Union, economic coordination and democratic legitimacy', *ETUI Policy Brief*, Issue 5, Brussels: European Trade Union Institute, <http://www.etui.org/Publications2/Policy-Briefs/European-Social-Policy/Monetary-Union-economic-coordination-and-democratic-legitimacy> (26. Oktober 2011).
- Deutsche Bundesbank (2011a): *Zur Entwicklung der Ausfuhr in den vier großen EWU-Mitgliedstaaten seit Beginn der Währungsunion*. Monatsbericht Juli 2011, 17-38.
- (2011b): *Renditedifferenzen von Staatsanleihen im Euro-Raum*. Monatsbericht Juni 2011, 29-47.
- Dörre, Klaus (2011): Hartz-Kapitalismus. Vom erfolgreichen Scheitern der jüngsten Arbeitsmarktreformen. In: Heitmeyer, Wilhelm (2011): *Deutsche Zustände*, Band 9. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 318-329.
- Dullien, S./Schieritz, M. (2011): Die deutsche Investitionsschwäche: Die Mär von den Standortproblemen, *Wirtschaftsdienst* 91 (7), 458-468.
- Grimshaw, D./J. Rubery (2012): Reinforcing neoliberalism: crisis and austerity in the UK. In: Lehdorff, S. (Hrsg.): *A triumph of failed ideas*, Brüssel, S. 41-58.
- Horn G./Dröge, K./Sturn, S./van Treeck, T./Zwiener, R. (2009): *Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III) – Die Rolle der Ungleichheit*. IMK Report (41), Düsseldorf.
- Horn, G. (2011): *Des Reichtums fette Beute. Wie die Ungleichheit unser Land ruiniert*. Frankfurt, New York: Campus.
- Horn, G./Lindner, F./Niechoj, T. (2011): *Schuldenschnitt für Griechenland – ein gefährlicher Irrweg für den Euroraum*. IMK-Report (63), Düsseldorf.
- Huffschmid, J. (2010): Fehlerverhalten, Regulierungsmängel oder Systemdynamik? Zu den Hintergründen und Ursachen der Finanzkrise, in: Hickel, R./Troost, A. (Hrsg.): *Kapitalismuskritik heute: Vom Staatsmonopolistischen zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus*. Hamburg, 21–34.
- IAQ (2011): *Arbeitszeiten so lang wie vor der Krise*. Pressemitteilung, Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen, <http://www.iaq.uni-due.de/archiv/presse/2011/110902.php> (25. Oktober 2011).
- ILO (2010): *Global Wage Report 2010/11: Wage policies in times of crisis*. International Labour Office, Genf.
- IW (2011): *Wachstum in der Zeitarbeit setzt sich fort. IW-Zeitarbeitsindex, BAP-Umfrage September 2011*, http://www.personaldienstleister.de/pdf/BAP-Bericht_Welle_46_20111011.pdf (30. Oktober 2011).
- Joebges, H./Logeay, C./Stephan, S./Zwiener, R. (2010): *Deutschlands Exportüberschüsse gehen zu Lasten der Beschäftigten*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Karamessini, M. (2012): Sovereign debt crisis: an opportunity to complete the neoliberal project and dismantle the Greek employment model. In: Lehdorff, S. (Hrsg.): *A triumph of failed ideas*, Brüssel, 155-182.
- Knuth, M. (2011): Widersprüchliche Dynamiken im deutschen Arbeitsmarkt. *WSI-Mitteilungen* 64 (11), 580-587.
- Krugman, P. (2010): When Zombies Win. *New York Times*, 19. Dezember, http://www.nytimes.com/2010/12/20/opinion/20krugman.html?_r=1&ref=paulkrugman&pagewanted=print (25. August 2011).

- Le Pen, M. (2011): *Conférence de presse exceptionnelle de Marine Le Pen sur la crise*, 11. August, <http://www.frontnational.com/?p=7240> (25. August 2011).
- Lehndorff S. (2011): Before the crisis, in the crisis, and beyond: the upheaval of collective bargaining in Germany. *Transfer* 17(3): 341–354.
- (Hrsg.) (2012): *A triumph of failed ideas. European models of capitalism in the crisis. European Trade Union Institute*, Bruxelles, <http://www.etui.org/> (im Erscheinen).
- Lehndorff, S./Bosch, G./Haipeter, T./Latniak, E. (2009): Vor der Krise und in der Krise: Das deutsche Beschäftigungsmodell – ein Modell für die ganze Welt? In: Lehndorff, S. (Hrsg.): *Abriss, Umbau, Renovierung? Studien zum Wandel des deutschen Kapitalismusmodells*. Hamburg, 20-46.
- Leschke, J./Theodoropoulou, S./Watt, A. (2012): How do economic governance reforms and austerity measures affect inclusive growth as formulated in the Europe 2020 Strategy? In: Lehndorff, S. (Hrsg.): *A triumph of failed ideas*, Brüssel, 243-283.
- Münchau, W. (2010): Hartz IV vergiftet Europa. *Financial Times Deutschland*, 30. September.
- Niechoj, Torsten/Stein, Ulrike/Stephan, Sabine/Zwiener, Rudolf (2011): *Deutsche Arbeitskosten: Eine Quelle der Instabilität im Euroraum*. IMK-Report (68), Düsseldorf.
- Roubini, N. (2010): *A Survival Strategy for the Eurozone*, www.project-syndicate.org (25. August 2011).
- Schäfer, C. (2011): „No Representation without Taxation“ — WSI-Verteilungsbericht 2011. *WSI-Mitteilungen*, 64 (12), 677-686.
- Simonazzi, A. (2012): Italy – Chronicle of a crisis foretold. In: Lehndorff, S. (Hrsg.): *A triumph of failed ideas*, 183-198.
- Sinn, Hans-Werner (2003): *Ist Deutschland noch zu retten?* München.
- Troost, A./Paust, L. (2011): *Die Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0*. Institut Solidarische Moderne, Frankfurt/M.
- Urban, H.-J. (2012): Crisis corporatism and trade union revitalisation in Europe. In: Lehndorff, S. (Hrsg.): *A triumph of failed ideas*, Brüssel, 219-242.
- Wickham, J. (2012): After the party's over: the Irish employment model and the paradoxes of non-learning. In: Lehndorff, S. (Hrsg.): *A triumph of failed ideas*, Brüssel, 59-78.
- Wolf, M. (2011): There is no sunlit future for the euro. *Financial Times*, 19. Oktober.